**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz
**Band:** 2 (1922-1923)
**Heft:** 3

**Artikel:** Ein Vorstoss der Konterrevolution in Oesterreich
**Autor:** Danneberg, Robert
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-328410

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 15.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

Es ist unmöglich, in dem kurzen Rahmen dieses Aufsatzes alle Einzelheiten der Initiative und alle Einwände der Gegner eingehend zu erörtern. So haben wir beispielsweise über den unhaltbaren Vorwurf, daß die Initiative das Privateigentum verletze, keine Ausführungen gemacht. Wir glauben aber, daß die hauptsächlichsten Einwände genügend besprochen wurden und möchten unsere Ausführungen schließen, indem wir darauf verweisen, daß noch jeder soziale Fortschritt erkämpft werden mußte, so auch die teilweise Finanzierung der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung durch die einmalige Vermögensabgabe.

---

# Ein Vorstoß der Konterrevolution in Oesterreich.

Von Robert Danneberg (Wien).

Der Völkerbund hat es unternommen, eine Hilfsaktion für Deutschösterreich einzuleiten. Es geschieht nicht das erstemal. Vor anderthalb Jahren schon weilten Delegierte des Völkerbundes in Wien, haben Untersuchungen angestellt und Unterhandlungen geführt, haben Kredite versprochen und sind dann abgereist, ohne daß Kredite gekommen wären. Nun aber ist ein Staatsvertrag fertig geworden, welcher der Ratifikation durch die zuständigen Parlamente harrt.

Daß die Ententestaaten sich schließlich bemühen, einem Staatswesen zu helfen, das ihr Friedensdiktat verstümmelt hat, ist nur recht und billig. Aber die Art, in der sich diese Hilfe vollziehen soll, ist kennzeichnend für den wiedererstarkten Kapitalismus und die wachsende Konterrevolution, welche den Kapitalistenklassen die ihnen ganz oder teilweise entwundene Herrschaft wieder bringen soll.

Oesterreichs wirtschaftliche Lage braucht in diesen Blättern nicht geschildert zu werden. Eine durch die Nöte des Krieges physisch überaus stark geschwächte Bevölkerung mußte nach dem Zusammenbruch nicht nur ein neues staatliches, sondern auch ein neues wirtschaftliches Dasein beginnen. Der neue Staat, dessen Landwirtschaft das Brot bloß für drei Monate des Jahres zu liefern vermag und die Städte weder mit Fleisch noch mit Fett, noch mit Milch versorgen kann; der Industriestaat, dessen Kohlenbedarf zum allergrößten Teile durch ausländische Bezüge gedeckt werden muß, vermochte die Importe nicht anders zu bezahlen als durch den Druck immer neuer Banknoten, die zu immer höheren Kursen gegen Auslandsvaluten umgewechselt wurden. Der Banknotenumlauf betrug für Oesterreich-Ungarn am Beginn des Weltkrieges 2,4 Milliarden Kronen und ist für das neue Oesterreich allein, das nur ein Neuntel der alten Monarchie ausmacht, bereits auf mehr als das Tausendfache hievon gestiegen. Da die eingeführten Waren für den Konsum entscheidend sind, stiegen mit dem Verfall der Währung unaufhörlich alle Preise und damit auch die

Ausgaben des Staates selbst, der durch die Kriegslasten ohnedies gewaltig in Anspruch genommen war. Nach einer privaten, aber allseits anerkannten Statistik stiegen die Lebenskosten, wenn der Index für das erste Halbjahr 1914 mit 2,23 Prozent berechnet wird, auf 100 für Jänner 1921, auf 989,21 für Jänner 1922, auf 3,671.52 für Juli 1922 und auf 20,550.80 im Oktober 1922.

Namentlich seit das Völkerbundsversprechen vom Vorjahre in nichts zerrann, sank die Krone immer rascher, im heurigen Frühjahr ein wenig gehemmt durch die Hoffnung auf neue Kredite, welche durch einen englischen und einen tschechischen Vorschuß erweckt wurde. Die Bezüge der Staatsangestellten waren im Jänner 1922 siebenmal so hoch als im März 1921, im Juni 1922 mehr als dreimal so hoch als im Jänner des gleichen Jahres, im August 1922 zweieindrittelmal so hoch als im Juli, im September wieder fast doppelt so hoch als im August und fast dreiundzwanzigmal so hoch als im Jänner 1922, hundertsiebenundfünfzigmal so hoch als im März 1921. Zum erstenmal für die letzten vier Wochen bis Mitte Oktober zeigte der amtlich errechnete Index ein Sinken der Kosten der Lebenshaltung um acht Prozent. So ist der Gesamtaufwand der vom Bund zu leistenden Personalbezüge von 3,4 Milliarden Kronen im März 1921 auf 23,8 Milliarden im Jänner 1922, auf 129,3 Milliarden im Juli 1922 und auf 550 Milliarden im September 1922 gestiegen. Das kleine Land mit sechs Millionen Menschen rechnet im Staatshaushalt schon mit einer stattlichen Zahl von Billionen Einnahmen und Ausgaben.

Das österreichische Problem ist ein doppeltes: die Beseitigung des Passivums der österreichischen Zahlungsbilanz, das von Kennern auf etwa 500 Millionen Goldkronen jährlich geschätzt wird, und die Beseitigung des Defizits im Bundeshaushalt. Das erstgenannte Ziel kann nur durch eine Reihe wirtschaftlicher Maßnahmen erreicht werden, die nicht über Nacht verwirklicht werden können: die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion; der Bau von Wasserkraftwerken, für welche in Oesterreich viele Möglichkeiten bestehen; die Modernisierung des technischen Apparates der Industrie usw. Das zweite Ziel ist leichter zu erreichen: Die Einnahmen des Staates, die nicht ebenso wie die Ausgaben mit der Geldentwertung gestiegen sind, auf die erforderliche Höhe zu bringen, ist eine schärfer umgrenzte Aufgabe. Sie erfordert Sparmaßnahmen zur Verringerung der Ausgaben und Steuern zur Hebung der Einnahmen. Damit wird sie aber ein Objekt des Klassenkampfes. Wo sollen Ersparungen eintreten? Wie sollen sie durchgeführt werden? Auf welchen Wegen sollen neue Einnahmen beschafft werden? Wer soll die Belastung auf sich nehmen? Nur im Klassenkampf kann normalerweise darüber entschieden werden.

Die deutschösterreichische Arbeiterklasse ist dem Staate gegenüber in einer eigentümlichen Stellung. Ihre starken Arme haben ihn aufgebaut, haben die Republik bisher in allen konterrevolutionären Gefahren behütet. Aber an der Regierung nimmt das Proletariat nicht teil. Es hätte in den Novembertagen 1918 spielend die Allein-

herrschaft aufzurichten vermocht, hat jedoch freiwillig davon Abstand genommen, weil ein solcher bolschewistischer Versuch in wenigen Wochen mit einer furchtbaren Niederlage hätte enden müssen. Die Sozialdemokratie hat sich darum mit einer Koalitionsregierung abgefunden, in der neben den Vertretern der Arbeiterklasse die Vertreter der Bauern saßen. Solange die Wogen der Revolution in Europa noch hoch gingen, waren wir in dieser Regierung die Führenden. Als die Revolution verebbte, gewannen Bürger und Bauern wieder mehr Selbstbewußtsein, hemmten unsere Bestrebungen immer stärker, so daß die Koalitionsregierung unfruchtbar wurde. Sie wurde gesprengt. Es ist kein Zufall, daß sie gerade die Einigung über eine einmalige große Vermögensabgabe nicht mehr zustande brachte. Die staatsfinanziellen Probleme standen im allgemeinen freilich in den ersten zwei Jahren der Republik im Hintergrunde. Als Handel und Wandel noch stockten, die feindliche Besetzung noch im Lande war, die meisten Nachbarstaaten noch ihre Grenzen absperrten, konnte an eine grundlegende Sanierung des Staatshaushaltes nicht gedacht werden. Der erste große Versuch war die Vermögensabgabe. Sie ist schließlich zustande gekommen, aber in einer solchen Gestalt, daß ihr Zweck nicht erreicht werden konnte. Wohl haben die bürgerlichen Parteien, Klerikale und Nationale, nicht vor die Wählermassen zu treten gewagt, ohne die Vermögensabgabe fertig zu machen. Aber Klassenegoismus hat das Gesetz verpfuscht. Die Bewertungsvorschriften — für ein Land mit wachsender Geldentwertung entscheidend — haben die Abgabe faktisch so geringfügig gemacht, daß sie aus dem Einkommen gezahlt werden konnte und ein Hohn auf eine wirkliche Vermögensabgabe ist.

Im Wahlkampf des Oktober 1920 wurden die Sozialdemokraten zurückgedrängt, die bürgerlichen Parteien siegten im Zeichen des Kampfes gegen den „Steuerbolschewismus". Es begann ein bürgerliches Regime, das seine ganze Politik auf die Erlangung ausländischer Kredite konzentrierte und von Selbsthilfe nichts wissen wollte. Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung Wiens, die bemüht war, die Wirkungen der Geldentwertung durch immer neue Steuern auszugleichen, wurde von den bürgerlichen Parteien, die im Staate regierten, namenlos bekämpft und verleumdet. Als vor Jahresfrist das Versagen der Völkerbundshilfe offenkundig war, traten die Sozialdemokraten mit einem großzügigen Finanzplan zur Sanierung des Bundeshaushaltes hervor. In der wachsenden Not mußte ihn die bürgerliche Regierung wenigstens teilweise erfüllen. Aber zu entscheidenden Schritten fehlte ihr der Wille. Als dann wieder Kredite winkten, erlahmte er vollends.

Der neue furchtbare Kronensturz im Juni 1922 drängte wieder zur Selbsthilfe. Aber der Plan der bürgerlichen Regierung war wieder schwächlich und unzulänglich. Seine Annahme im Nationalrat konnte nicht verhindern, daß die Krone unaufhörlich weiter sank und das politische Fieber im Lande in den Augusttagen bis zur Siedehitze stieg. In der Stunde der äußersten Not erhob die Sozialdemokratie

namens der Arbeiterklasse ihre Stimme und erklärte sich bereit, gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien Hand ans Werk zu legen, um den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen. Nur eine Konzentrationsregierung, in der alle Parteien vertreten sind und hinter der die ganze Bevölkerung steht, hätte die erforderlichen unpopulären Maßnahmen durchzuführen und alle Klassen der Bevölkerung entsprechend zu belasten vermocht. Die bürgerlichen Parteien wiesen das Anerbieten ab. Der Bundeskanzler Seipel fuhr nach Prag und Verona, schließlich nach Genf zum Völkerbund. Das Ergebnis der Reise liegt nun klar vor uns: Die Bourgeoisie und die Agrarier haben lieber das Land verraten, als ihren engstirnigen Klassenegoismus preisgegeben. Sie haben sich lieber mit dem Ausland als mit der Arbeiterklasse des eigenen Landes koaliert. Sie haben sich, um der Kontrolle der eigenen Arbeiterklasse zu entgehen, lieber der Kontrolle eines Generalkommissärs unterworfen, der als der Vertreter fremder Mächte in das Land kommen soll.

Um 520 Millionen Goldkronen wurde Oesterreichs Unabhängigkeit und Freiheit verkauft. Der Pakt von Genf bedeutet nichts anderes. Daß Staaten unter ausländische Kontrolle gestellt werden, ist nichts Neues. Aber die Kontrolle beschränkte sich darauf, daß die Verwendung der Kredite und der Zinsendienst unter Aufsicht gestellt wurden. Der Knechtungsvertrag von Genf heischt weit mehr. Für die Kredite, die er nicht einmal gewährt, sondern nur garantiert, fordert er für zwei Jahre die Ausschaltung des Parlaments. Es wird der Volksvertretung nicht weniger zugemutet, als daß sie der österreichischen Regierung, die diesen Genfer Pakt abgeschlossen hat, für zwei Jahre Vollmacht gibt, alles durchzuführen, was notwendig ist, um das Gleichgewicht im Bundeshaushalt in diesem Zeitraum herzustellen. Die Regierung wird also vom Parlament unabhängig, kommt jedoch in völlige Abhängigkeit von dem Generalkommissär und dem Kontrollkomitee, welche die wirklichen Herren Oesterreichs werden sollen. Der österreichischen Regierung wird der Weg zur Banknotenpresse versperrt. Eine Anleihe darf sie nur mit Genehmigung des Kontrollkomitees aufnehmen. Da aber das Budget passiv ist, so ist also die Regierung dann auf den Genfer Kredit unbedingt angewiesen. Diesen Kredit bekommt sie aber nicht in die Hand, sondern der Generalkommissär verwaltet ihn und macht monatlich Teilbeträge flüssig, wenn er findet, daß die Regierung das Reformprogramm erfüllt. Er kann also in jedem Monat neue Bedingungen stellen, da ihm die Regierung, die obendrein des Rückhaltes entbehrt — das Parlament ist für zwei Jahre ausgeschaltet —, auf Gnade und Ungnade ausgeliefert ist. Sie kann ja ohne die Kreditraten nicht verwalten! Dieser Generalkommissär verschwindet aber nicht in zwei Jahren, sondern soll seine Tätigkeit erst durch Beschluß des Völkerbundsrates beenden, wenn dieser festgestellt haben wird, daß das finanzielle Gleichgewicht Oesterreichs gesichert ist. Und selbst wenn der hohe Rat also befindet, bleibt immer noch die Kontrolle über die Pfänder, die Oesterreich dem Anleihe-

dienst widmen muß. So soll das Land dauernd unter Fremdherrschaft gestellt werden. Damit das Maß voll werde, verlangt der Völkerbund auch, daß die neue österreichische Notenbank jedem Einfluß des Staates entzogen werden soll. Er wird also auf sein Geldwesen keinen Einfluß zu üben vermögen.

Man sollte meinen, daß sich keine österreichische Regierung findet, die solch einen Vertrag unterschreibt. Aber der Mann, der den Genfer Pakt unterfertigt hat, ist sogar mit Jubel begrüßt worden. Die bürgerliche Mehrheit des Nationalrates hat ihm feierlich gedankt. Nur wenige Männer gibt es vorläufig im Bürgertum, welche die Schmach von Genf empfinden und bereit sind, an der Seite der Sozialdemokraten den Kampf aufzunehmen. Die Regierung rechnet dem Volk vor, welchen phantastischen Betrag in österreichischen Papierkronen der Kredit ausmacht, der freilich nur garantiert, aber noch nicht gegeben ist. Die Bourgeoisie leistet der Regierung Gefolgschaft, weil sie hofft, auf dem Wege über die Fremdherrschaft des Generalkommissärs ihre eigene Klassenherrschaft wieder aufrichten zu können. Sie jammerte vier Jahre lang, daß es keine „Autorität" gibt, und hofft nun, die Arbeiterklasse wieder in die Stellung zurückwerfen zu können, in der das Proletariat vor dem Kriege gewesen ist. Obwohl es geleugnet wird, ist es doch gar nicht unwahrscheinlich, daß diese Kontrolle, die Oesterreich knechten soll, gar nicht von dem Völkerbundsrat ersonnen worden ist, sondern den Herren in Genf vom österreichischen Kanzler Seipel selbst vorgeschlagen wurde. Er hat mit dem Genfer Pakt sein Land in eine überaus kritische Lage gebracht.

Der sozialdemokratische Parteitag, der am 14. und 15. Oktober in Wien versammelt war, hat sorgfältige taktische Erwägungen angestellt. Die Arbeiterklasse wendet sich natürlich nicht dagegen, daß Oesterreich vom Ausland Kredite erhält. Kredite zur Stabilisierung der österreichischen Währung und zur Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt sind ohne Zweifel sehr nützlich. Aber die Arbeiterklasse verweigert ihre Zustimmung dazu, daß für diese Kredite ein solcher Preis bezahlt wird, der in Genf vereinbart wurde. Sie hat alle, die noch aufrechten Sinnes in Oesterreich sind, in einer großen Massenaktion zu mobilisieren beschlossen. Die Sozialdemokratie verhehlt sich freilich nicht die großen Schwierigkeiten, die sich ergeben, wenn der Genfer Vertrag zu Fall kommt. Die Zerreißung des Genfer Paktes bedeutet das Scheitern der Kreditaktion, bedeutet also nach der Erfahrung der letzten Jahre zunächst wieder einen neuen starken Sturz der Krone mit allen seinen katastrophalen Folgen. Ein Erfolg des sozialdemokratischen Kampfes wäre demnach verhängnisvoll, wenn er nicht unmittelbar verknüpft wäre mit der Durchführung eines Planes der Selbsthilfe, der darauf abzielt, den Betrag, den Genf beschaffen soll, aus der Volkswirtschaft des eigenen Landes wenigstens teilweise aufzubringen.

Es ist kaum ein Streit darüber, daß aus der österreichischen Volkswirtschaft soviel herausgeholt werden kann. Oekonomisch betrachtet,

ist die Selbsthilfe möglich. Ob aber die moralischen Voraussetzungen dafür vorhanden sind, das ist die Frage. Diese moralischen Energien sollen durch die Massenbewegung geweckt werden. Denn die Sozialdemokratie allein vermag keine Regierung zu bilden und vermöchte auch nicht gegen den Widerstand der besitzenden Klassen das Werk der Selbsthilfe zu organisieren. Sie vermöchte es nur, wenn in den besitzenden Klassen selbst die Notwendigkeit hiefür erkannt und die Schande des Knechtungsvertrages auch in bürgerlichen Kreisen empfunden wird. Dazu ist zunächst eine ungeheure Aufklärungsarbeit erforderlich. Denn die Demagogie der Regierung und der bürgerlichen Parteien versucht der Bevölkerung einzureden, daß die Wahl zwischen Krediten und ungeheuerlichen Steuerlasten steht. Aber das ist offenkundig falsch. Die Herstellung des budgetären Gleichgewichtes wird auf jeden Fall durch österreichische Steuern zu vollziehen sein. Der Unterschied besteht nur darin, ob die Defizitdeckung für eine Uebergangszeit durch ausländische Kredite erfolgen muß, die wir teuer verzinsen müssen und die uns unfrei machen, oder ob diese einmaligen Beträge nicht auch aus der Wirtschaft des eigenen Landes aufgebracht werden können. Die Bourgeoisie hofft, daß im Kampfe um die Steuern ihr Sieg über die Arbeiterklasse leichter werde, wenn das Kommando des Generalkommissärs entscheidet. Sie denkt nicht daran, daß das Kontrollkomitee nur ein Werkzeug der italienischen und der tschechischen Kapitalisten sein wird, die in der Republik Oesterreich eine Einflußsphäre suchen und ihren Machtbereich über Wien ausdehnen, Oesterreich zu ihrer Kolonie machen wollen. Die österreichische Bourgeoisie will das Opfer einer einmaligen großen Zwangsanleihe nicht bringen und unterwirft sich lieber dem Diktat des Ententekapitals.

Der Ausgang des Kampfes in Oesterreich ist leider wenig zweifelhaft. Jedenfalls wird der Kampf fürs erste entschieden sein, ehe die Parlamente der garantierenden Staaten über den Genfer Vertrag zu urteilen haben. Darum rechnet das österreichische Proletariat für jeden Fall mit der Unterstützung der Arbeiterklasse dieser Länder. Es erwartet, daß die Arbeiterklasse in diesen Staaten sich dagegen zur Wehre setzen werde, nicht dagegen, daß Oesterreich Kredite erhält, wohl aber dagegen, daß die Kreditgarantie dazu mißbraucht werde, den Bourgeoisien ein neues Herrschaftsgebiet zu erobern und den Vorstoß der österreichischen Konterrevolution zu organisieren.

Die sozialdemokratische Bewegung in Oesterreich ist relativ die stärkste der Welt. In einem Lande mit 6,4 Millionen Einwohnern sind mehr als eine Million Mitglieder in den Gewerkschaften vereinigt und 550,000 Mitglieder in den politischen Organisationen der Partei gesammelt. Ein Proletariat, das so außerordentliche Kraftanstrengungen für die Ideen des Sozialismus gemacht hat, wird nicht vergeblich an die Internationale appellieren.

---